



**Niederschrift**  
- öffentlicher Teil -

über die  
**10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses**  
**am 19.11.2009**  
**in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

**Teilnehmer:**

**Mitglieder des Kreistages**

Abg. Rüdiger Bruns  
Abg.e Angela van Beek  
Abg. Henri Blanken  
Abg. Ralf Borngreber  
Abg. Hans-Hermann Engelken bis 17.10 Uhr  
Abg.e Barbara Frömming Vertretung für Abgeordneten Helmut Ringe  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Lühr Klee  
Abg. Hartmut Leefers bis 17.00 Uhr  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Jan-Christoph Oetjen  
Abg. Karlheinz Poredda Vertretung für Abgeordneten Detlef Steppat  
Abg. Reinhard Trau

**Interessenvertreter**

Frau Friedegund Müller  
Herr Joachim Hickisch Vertretung für Frau Frauke Fröhlich  
Herr Rainer Christmann bis 17.10 Uhr  
Herr Heinz Bruns  
Frau Sara Ena Hecheltjen  
Herr Niels Kruse

**Verwaltung**

Erster KR Dr. Torsten Lühring  
KAR Horst Wilshusen  
KA Hainer Schmökel

**Tagesordnung:**

**a) öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Schulausschusses am 20.10.2009

- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 KGS Sittensen
  - Zustimmung zur Aufhebung der Haupt- und Realschule Sittensen
  - Übertragung der Schulträgerschaft auf die Samtgemeinde SittensenVorlage: 2006-11/0816
- 6 Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2006-11/0817
- 7 Kreisschulbaukasse
- 7.1 Einzelanträge  
Vorlage: 2006-11/0780
- 7.2 Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen  
Vorlage: 2006-11/0781
- 8 Eichenschule Scheeßel: Unterhaltungskostenzuschuss  
Vorlage: 2006-11/0819
- 9 Haushalt 2010  
Vorlage: 2006-11/0812
- 10 Anfragen

#### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

In Vertretung für den abwesenden Ausschussvorsitzenden Ringe eröffnet **Abg. Bruns** die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Vorsitzender Bruns** erläutert zunächst verschiedene Ergänzungen zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten, die den Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wurden. Zu TOP 6 (Weiterentwicklung der Schulstruktur) habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Vorschlag für eine Resolution vorgelegt. Zu TOP 7.1 (Kreisschulbaukasse - Einzelanträge) seien Korrekturen und zu TOP 9 (Haushaltsplan 2010) eine Ergänzung notwendig geworden. Diese Unterlagen sind dem Protokoll beigelegt.

Im Hinblick auf den durch die **Abg. Frömming** und **Keller** am 17.11.2009 eingereichten, den Ausschussmitgliedern ausgehändigten, Antrag auf Beschlussfassung über die Beantragung einer Genehmigung zur Errichtung einer IGS am Schulstandort Bothel (ebenfalls als Anlage beigelegt) weist **Vorsitzender Bruns** darauf hin, dass eine Beratung in dieser Sitzung aufgrund der nicht eingehaltenen Ladungsfrist nur dann möglich sei, wenn die Ausschussmitglieder diesen zusätzlichen Tagesordnungspunkt mit einer 2/3-Mehrheit für eilbedürftig befänden. Er gibt zunächst den Antragstellern Gelegenheit zu einer weiteren Erläuterung.

**Abg. Frömming** führt aus, die Dringlichkeit der Beschlussfassung ergebe sich daraus, dass man mit dem Antrag die Errichtung einer IGS am Standort Bothel bereits zum Schuljahresbeginn 2010/11 anstrebe. Angesichts der Vorgaben der Landesschulbehörde in Bezug auf die im Rahmen der Beantragung neuer Gesamtschulen zu beachtenden Zeitfenster müsse eine Beratung zwingend bereits in der heutigen Sitzung erfolgen.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt, die Frage der Beantragung neuer Gesamtschulen auf der Grundlage der Ergebnisse der kreisweiten Elternbefragung sei bereits in der vorangegangenen Sitzung des Schulausschusses sowie darauf folgend auch in Kreisausschuss und Kreistag ausführlich diskutiert worden. Der Kreistag habe einstimmig beschlossen, zum Schuljahr 2010/11 die Errichtung einer KGS am Schulstandort Sittensen zu beantragen. Ein neuer Sachstand habe sich seither nicht ergeben. Eine Eilbedürftigkeit dieses Antrags könnte ggf. dann angenommen werden, wenn bei einer Beratung in der heutigen Sitzung Aussicht auf eine Genehmigung der Landesschulbehörde bestünde, im Falle einer späteren Beratung jedoch nicht mehr. Dieses sei jedoch nicht ersichtlich, da - wie bereits in der vorangegangenen Sitzung besprochen - angesichts der langfristig zu prognostizierenden Schülerzahlen einer IGS am Standort Bothel nach den derzeit maßgeblichen rechtlichen Vorgaben nicht von einer Genehmigungsfähigkeit ausgegangen werden könne.

**Abg Borngräber** weist darauf hin, dass es sich bei der Vorgabe einer Antragstellung bis zum 31.10. zwar nicht um eine unabdingbare Ausschlussfrist handele, gleichwohl jedoch nunmehr Eile geboten sei, da die Genehmigungsbehörde für die Antragsprüfung sowie für die organisatorischen Vorarbeiten in Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen Schule einen ausreichenden Zeitrahmen benötige. Aus diesem Grunde halte er die Beratung über den Antrag für eilbedürftig. Auch **Abg. Klee** spricht sich dafür aus, den Antrag in der heutigen Sitzung zu behandeln.

**Abg. Oetjen** verweist auf den einstimmigen Kreistagsbeschluss zur Frage der Beantragung neuer Gesamtschulen vom 22.10.2009. Dem nunmehr im Nachgang vorgelegten Antrag auf Errichtung einer IGS am Standort Bothel seien keinerlei neue Erkenntnisse zu entnehmen, die eine erneute Beratung dringlich erscheinen lassen könnten.

**Abg Borngräber** erklärt, wenn der Kreistag in seiner Sitzung am 18.12.2009 nicht in der Sache entscheide sondern zunächst lediglich eine Zurückverweisung der Beratung über den Antrag an den Schulausschuss beschließe, sei die Errichtung einer IGS am Standort Bothel zum Schuljahr 2010/11 nicht mehr denkbar. **Erster KR Dr. Lühring** gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass - auch wenn der 31.10. keine Ausschlussfrist sei - man wohl davon ausgehen könne, dass zumindest ein erst im Dezember eingereichter Antrag auf Errichtung einer neuen Gesamtschule schon aufgrund des zu knappen Zeitfensters abschlägig beschieden würde. Dieses habe die Landesschulbehörde auch im Rahmen der Gespräche über die Errichtung einer KGS am Standort Sittensen im Dezember letzten Jahres deutlich gemacht.

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Dringlichkeit der Beratung des Antrags der **Abg. Frömming** und **Keller** vom 17.11.2009.

Von den anwesenden 19 Ausschussmitgliedern bejahen 9 die Dringlichkeit,  
7 verneinen die Dringlichkeit und 3 Ausschussmitglieder enthalten sich der Stimme.

**Vorsitzender Bruns** stellt fest, dass die erforderliche Mehrheit von 2/3 der Ausschussmitglieder nicht erreicht wurde und damit die Beratung über den Antrag keine Aufnahme in die Tagesordnung der heutigen Sitzung finde.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Schulausschusses am 20.10.2009**

---

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 13    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 6

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Erster KR Dr. Lühring** berichtet, die Stadt Bremervörde habe angesichts der angespannten Haushaltslage den im Rahmen des Konjunkturpakets II ursprünglich geplanten Neubau einer gemeinsamen Mensa für alle Schulen am Standort Bremervörde-Engeo aufgegeben. Man favorisiere statt dessen dezentrale Lösungen für ein Mensa-Angebot. Im Hinblick auf eine spätere mögliche Neuordnung der Schulgebäude werde die Planung im zentral gelegenen Hauptschulgebäude mit dem Landkreis abgestimmt.

Es sei auch über eine Rückübertragung der Schulträgerschaft für die Hauptschule und die Realschule an den Landkreis gesprochen worden, einschließlich der Schulgebäude. Der Landkreis habe hierbei signalisiert, dass eine solche Rückübertragung denkbar sei, diese allerdings kostenneutral erfolgen müsste. Ggf. könnte ein Ausgleich über eine gesplittete Kreisumlage erreicht werden. **Erster KR Dr. Lühring** weist darauf hin, dass zu dieser Thematik offenbar noch keine Beschlüsse der Gremien der Stadt Bremervörde vorlägen. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung und den erwarteten mittel- bis langfristigen Rückgang der Schülerzahlen sei am Standort Engeo auch denkbar, dass die Hauptschule und die Realschule Bremervörde am jetzigen Standort der Realschule zusammengefasst würden. Aktuell sei damit jedoch nicht zu rechnen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **KGS Sittensen**

- **Zustimmung zur Aufhebung der Haupt- und Realschule Sittensen**
- **Übertragung der Schulträgerschaft auf die Samtgemeinde Sittensen**

**Vorlage: 2006-11/0816**

---

**Erster KR Dr. Lühring** erklärt, bislang liege noch keine Rückmeldung der Landesschulbehörde auf den Antrag des Landkreises auf Errichtung einer KGS am Schulstandort Sittensen zum Schuljahr 2010/11 vor. Die mit der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Beschlüsse seien verfahrensbegleitend notwendig.

#### **Beschluss:**

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stimmt den Anträgen der Samtgemeinde Sittensen auf

- Aufhebung der Haupt- und Realschule Sittensen zum Schuljahr 2010/11 (auslaufend beginnend, zeitgleich mit der Errichtung der KGS) und
- Befreiung von der Pflicht zur Fortführung der bestehenden Haupt- und Realschule neben der Kooperativen Gesamtschule sowie der Übertragung der Schulträgerschaft für die neu zu errichtende KGS auf die Samtgemeinde zu.

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 19    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

**Vorlage: 2006-11/0817**

---

**Vorsitzender Bruns** verweist auf die vorliegenden Vorschläge für Eckpunkte bzw. eine Resolution des Kreistags zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme):

- die Sitzungsvorlage mit dem Vorschlag der Verwaltung,
- den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.11.2009,
- den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.11.2009.

**Erster KR Dr. Lühring** führt aus, es gehe nunmehr um eine Verständigung über die grundsätzliche künftige Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung für den gesamten Bereich des Landkreises Rotenburg (Wümme) - über einzelne Gemeindebereiche hinaus. Ein vorrangiges Ziel hierbei sei ein möglichst langfristiger Erhalt der wohnortnahen Beschulung im Sekundarbereich I an den derzeitigen Standorten. Wie der seitens der Samtgemeinde Geestequelle eingeschlagene - vom Kreistag einstimmig unterstützte - Weg deutlich mache, sei die Errichtung von Gesamtschulen hierbei sicher nicht die einzig denkbare Option. Die im Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage enthaltenen Punkte 1. und 2. sollten konsensfähig sein. Lediglich über die Frage der Mindestzügigkeit von Gesamtschulen bzw. der Mindestgröße des gymnasialen Zweiges einer KGS müsse man sich ggf. weiter verständigen.

Zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ergänzt **Abg Borngräber**, es sei davon auszugehen, dass in der langfristigen Betrachtung an einigen Standorten im Sekundarbereich I eine 3-Zügigkeit nicht mehr erreicht werde. Wolle man möglichst langfristig ein wohnortnahes Angebot

aufrechterhalten, müsse daher auch ein 2-züiges Beschulungsangebot ermöglicht werden. Zur Verbesserung der Unterrichtssituation sei es notwendig, die derzeit durch die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vorgegebenen - immer noch relativ hohen - Klassenstärken abzusenken. Gerade auch unter Berücksichtigung dieser durchaus variablen Größen, ergebe die Forderung einer sicheren Prognose einer bestimmten Zügigkeit über einen Zeitraum von 14 Jahren keinen Sinn. Eine pädagogische Begründung für die Forderung einer 5-Zügigkeit für Integrierte Gesamtschulen gebe es im übrigen nicht. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 2. greife zu kurz, da es nicht allein um den Erhalt eines Haupt- und Realschulangebots sondern darüber hinaus auch um Schaffung weiterer dezentraler gymnasialer Angebote gehe. Dieses sei ein Weg, die z.T. immer noch sehr niedrigen gymnasialen Übergangsquoten wie z.B. in der Gemeinde Gnarrenburg zu steigern. Was für den Schulstandort Oerel gut sei, müsse nicht automatisch auch für alle anderen Standorte gut sein. Angesichts des derzeitigen Stillstandes in der Schulpolitik des Landes sei es auf jedem Fall notwendig, nunmehr deutliche Signale nach Hannover zu senden.

**Abg. Klee** erklärt, Ziel des durch seine Fraktion vorgelegten Antrags sei eine Konkretisierung bzw. Verschärfung des vorgelegten Verwaltungsvorschlags. Unter den derzeit maßgeblichen landesgesetzlichen Vorgaben sei eine angemessene Umsetzung des im Rahmen der kreisweiten Elternbefragung ermittelten Elternwillens nicht möglich. Der Kreistag stoße hier an seine Grenzen. Er halte es daher für wichtig, nunmehr nicht nur eine bloße Absichtserklärung in Bezug auf die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme), sondern eine konkrete Petition, gerichtet an den Landesgesetzgeber, zu beschließen. Kernpunkt sollte hierbei die Forderung einer Reduzierung der Mindestgrößen neuer Gesamtschulen auf 3 Züge sein - und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine IGS oder KGS handele. Die Idee einer gemeinsamen Gesamtschule für zwei benachbarte Standorte betrachte er allenfalls als Hilfslösung. Vorrangiges Ziel sollte der Erhalt sämtlicher Standorte sein.

Für **Abg. Oetjen** ist aus den Befragungsergebnissen ersichtlich, dass den Eltern in erster Linie ein wohnortnahes Schulangebot wichtig sei. Dieses zeigten die nur in geringem Umfang geäußerten Zweit- oder Drittwünsche auf eine Beschulung an einer IGS oder KGS auch an einem benachbarten Schulstandort. Wichtig sei ein stärkeres Zusammenwachsen von Haupt- und Realschulen mit dem Angebot schulformübergreifenden Unterrichts in Kurssystemen. Wo derzeit bereits zusammengefasste Haupt- und Realschulen vorhanden seien, könnten diese entsprechend der Erlasslage weiterentwickelt werden und an den Standorten mit eigenständigen Hauptschulen und Realschulen könnte über eine Zusammenfassung nachgedacht werden. Dass ein dezentrales gymnasiales Angebot durchaus dazu beitragen könne, die Gymnasialquoten in den Gemeinden zu erhöhen, zeige das Beispiel Sottrum recht deutlich. Allerdings sei ein gymnasiales Angebot in sämtlichen 13 Schulstandorten sicher weder praktikabel noch umsetzbar, da hierfür die Schülerzahlen einfach nicht ausreichten.

**Abg. Klee** gibt zu bedenken, im Rahmen der Elternbefragung seien durchaus auch an Standorten mit einem wohnortnahen Angebot sämtlicher Schulformen des 3-gliedrigen Systems nennenswerte Quoten zugunsten einer Beschulung an einer Gesamtschule ermittelt worden. So hätten sich z.B. über 40 % der Eltern aus dem Bereich der Samtgemeinde Sottrum, die sich an der Befragung beteiligt haben, für die Anmeldung ihrer Kinder an einer Gesamtschule ausgesprochen.

**Abg. Borngräber** verweist darauf, dass sich von den Gemeinden im Bereich des Südkreises mit Bothel, Fintel und Visselhövede gleich drei für die Errichtung einer IGS stark gemacht hätten. Wenn jetzt - bei durchaus großer Zustimmung der Elternschaft - an keinem Standort eine IGS errichtet würde, sei dieses nicht akzeptabel. Es spreche aus pädagogischer Sicht nichts dagegen, an allen 3 Standorten eine 3-zügige bzw. 4-zügige IGS zumindest für die Jahrgangsstufen 5 - 10 zu errichten.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt, der Verwaltungsvorschlag umfasse - in Punkt Nr. 3 - sehr wohl auch Gesamtschulangebote einschließlich der gymnasialen Beschulung. In den Vorschlägen der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tauche hingegen das Oereler Konzept nicht auf. Er weist im Übrigen darauf hin, dass auch bei einer Absenkung der Mindestzügigkeit nicht an sämtlichen Standorten ausreichende Schülerzahlen für die Errichtung einer Gesamtschule erreicht würden, weshalb es in jedem Fall ein Nebeneinander der Modelle geben müsse.

**Abg. Engelken** vertritt die Auffassung, die Idee einer gemeinsamen Beschulung von Schülern zweier benachbarter Standorte sollte nicht gänzlich verworfen werden. Es sollte nun zunächst abgewartet werden, ob die Landesschulbehörde die Errichtung der KGS in Sittensen genehmigt. Das Nachschieben einer Antragstellung für eine IGS am Standort Bothel halte er in der jetzigen Situation nicht für sinnvoll.

**Abg. Blanken** weist auf die heutigen Angebote der Gymnasien, wie etwa zusätzliche Fremdsprachen, Möglichkeiten einer Profilierung in verschiedenen Bereichen oder Musikklassen hin. Diese Angebote sowie auch das Angebot vielfältiger Arbeitsgemeinschaften ließen sich nicht ohne weiteres auf 3-zügige Gesamtschulen übertragen. Hier könnten Probleme beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe entstehen.

Nach Auffassung von **Abg. Frömming** sei aus den Ergebnissen der Elternbefragung eindeutig ein Bedarf für die Errichtung weiterer Gesamtschulen im Landkreis ersichtlich. Ein Votum für eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu einer Sekundarschule lasse sich hieraus nicht ablesen. Im Übrigen spreche das laufende Antragsverfahren zur Errichtung einer KGS in Sittensen nicht gegen eine Antragstellung auch für eine IGS am Standort Bothel. Die Überschneidungen bei der Zahl der entweder Sittensen oder Bothel zuzuordnenden Elternwünsche seien nur gering. **Abg. Frömming** schlägt vor, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis zu beauftragen.

**Vorsitzender Bruns** verweist auf die ihm nunmehr noch vorliegende Liste weiterer Wortmeldungen und stellt zur Diskussion, die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt nach diesen Wortmeldungen zu schließen.

Mit 13 Stimmen bei 6 Gegenstimmen beschließt der Schulausschuss, die Rednerliste nach den bereits vorgesehenen Wortmeldungen zu schließen.

**Abg. Klee** erklärt, da es sich um ein wichtiges Thema handle, halte er es für unglücklich, die weitere Diskussion formal zu beenden. Im Hinblick auf die nunmehr vorliegenden verschiedenen Vorschläge zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis halte er eine Verständigung auf eine gemeinsame Linie für durchaus möglich. Der von seiner Kreistagsfraktion eingebrachte Vorschlag müsste um das Element der Sekundarschule als Option für die kleinsten Standorte ergänzt werden.

**Abg Borngräber** weist darauf hin, dass es in Niedersachsen durchaus 3-zügige Gesamtschulen gebe. Auch die in Wolfsburg kürzlich errichtete 4-zügige IGS in freier Trägerschaft weise - bei einer Klassenstärke von 20 Schülern - Jahrgangsstärken auf, die bei Zugrundelegung der derzeit durch das MK vorgegebenen Klassenstärken einer 3-Zügigkeit gleichkämen. Die Vorgaben des MK, nach denen bei Berechnungen zur Bildung von Zügen vorzugehen sei, müssten im Übrigen dringend gesenkt werden. Wenn der Landkreis jetzt den gemeindlichen Schulträgern anheim stelle, sich ggf. über gemeinsame Lösungen zur Errichtung einer Gesamtschule für 2 Standorte zu verständigen, betrachte er ein solches Vorgehen als Verschiebung der vom Landkreis als Träger der Schulentwicklungsplanung grundsätzlich zu treffenden Entscheidungen in die Kommunen. Zu der Auswertung der Elternbefragung merkt **Abg Borngräber** im übrigen an, dass die Elternwünsche, nach denen grundsätzlich eine Anmeldung an einer Gesamtschule gewünscht worden sei, jedoch keiner der aufgeführten Standorte ausgewählt wurde, in der Betrachtung gänzlich außen vor geblieben seien. Insbesondere in Rotenburg habe sich eine durchaus beträchtliche Zahl von Eltern entsprechend geäußert.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt hierzu, im Rahmen der Ermittlung des Bedürfnisses für die Errichtung einer neuen Schule an einem bestimmten Standort könnten zwangsläufig nur die Elternwünsche Berücksichtigung finden, die sich auch konkret für eine Anmeldung ihrer Kinder an dieser Schule aussprechen.

**Herr Bruns** gibt zu bedenken, dass nur sehr schwer prognostiziert werden könne, welche Rahmenbedingungen für die Schulen in 14 Jahren gelten. Insbesondere die Vorgaben des MK für Mindestzügigkeiten und Klassenstärken seien keineswegs auch für die Zukunft als unumstößlich anzusehen. Wenn heute gefordert werde, 40% eines Schuljahrgangs müsse zum Abitur geführt

werden, um international konkurrenzfähig zu bleiben, werde man dieses Ziel ohne radikale Veränderungen nicht erreichen können. Die Anhörung vor der Schulausschusssitzung im März dieses Jahres habe deutlich gemacht, dass das Angebot einer IGS eine deutliche Erhöhung der Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife bewirken könne.

**Abg. Leefers** erklärt, die vorliegenden Vorschläge zur Weiterentwicklung der Schulstruktur lägen nicht so weit auseinander, als dass eine Verständigung nicht möglich sein könnte. Die Verabschiedung von vornherein unrealistischer Resolutionen helfe nicht weiter. Um Verbesserungen zu erreichen sollte man sich vielmehr auf ein möglichst einvernehmlich getragenes Konzept verständigen.

Nach kurzer weiterer Diskussion beschließt der Schulausschuss einstimmig:

### **Beschluss:**

Es wird eine Arbeitsgruppe aus folgenden Personen gebildet, die bis zur Kreisausschusssitzung zusammen mit der Verwaltung einen zusammenführenden Textentwurf zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) vorlegen soll:

#### Kreistagsabgeordnete

- Abg. Hartmut Leefers, Waffensen
- Abg. Rüdiger Bruns, Fintel
- Abg. Lühr Klee, Stuckenborstel
- Abg. Detlef Steppat, Jeersdorf
- Abg. Jan-Christoph Oetjen, Sottrum

#### Weitere Mitglieder des Schulausschusses

Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmerverbände:

- Herr Heinz Bruns, Rotenburg

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 19    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse**

---

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Einzelanträge**  
**Vorlage: 2006-11/0780**

---

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** weist nochmals darauf hin, dass der Grundsatzbeschluss des Kreistags über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis mit Beschluss vom 28.05.2009 neu gefasst worden sei. Hierdurch hätten sich verschiedene Veränderungen im Abrechnungsverfahren ergeben. So würden nunmehr ausschließlich Maßnahmen gefördert, die auch tatsächlich im Haushalt der Schulträger veranschlagt worden seien und es erfolge eine Anrechnung der Förderungen von dritter Seite. Derzeit befinde man sich in einer – zeitlich recht gedrängten – Umstellungsphase. Zukünftig sollen die Förderungen bereits im jeweiligen Frühjahr beschlossen werden.

Zu der der Sitzungsvorlage beigefügten Übersicht über die Anträge auf Leistungen der Kreisschulbaukasse hätten sich die den Ausschusmitgliedern zur Kenntnis gegebenen zwei Änderungen bei den Maßnahmen Nr. 30 und 31 der Samtgemeinde Selsingen auf Seite 6 der Übersicht ergeben.

### **Beschluss:**

Vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2010 erhalten die Schulträger die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen - unter Berücksichtigung der Änderungen bei den Maßnahmen Nr. 30 und 31 der Samtgemeinde Selsingen auf Seite 6 der Übersicht - aus der Kreisschulbaukasse für die notwendigen Schulbaukosten.

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 19    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 0

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen**  
**Vorlage: 2006-11/0781**

---

Die Ausschussmitglieder nehmen die Übersicht über die abgeschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Eichenschule Scheeßel: Unterhaltungskostenzuschuss**  
**Vorlage: 2006-11/0819**

---

**Beschluss:**

Der Zuschuss für die Schulgenossenschaft Eichenschule eG wird für das Haushaltsjahr 2010 auf 330.000 € festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 19    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushalt 2010**  
**Vorlage: 2006-11/0812**

---

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** berichtet, die Stadt Bremervörde habe den Landkreis davon in Kenntnis gesetzt, dass die gemeinsame Errichtung eines Mensagebäudes im Schulzentrum Bremervörde-Engeo für sie nicht mehr durchführbar sei. Mit der den Ausschussmitgliedern vorgelegten Ergänzung zur Sitzungsvorlage werde eine anderweitige Verwendung des im Haushaltsplanentwurf 2010 ursprünglich für die Beteiligung des Kreises am Bau der Mensa eingeplanten Kostenanteils von 500.000 € vorgeschlagen.

**Abg. Blanken** nimmt Bezug auf den an der KGS Tarmstedt geplanten Um- bzw. Neubau eines Forums- bzw. Mensabereichs und fragt an, warum im Haushaltsplanentwurf 2010 kein Investitionskostenanteil des Landkreises zu dieser Maßnahme eingeplant sei. Angesichts des erheblichen Anteils an Gymnasialschülern an der KGS Tarmstedt sei eine Beteiligung des Landkreises hier angezeigt. Ein Investitionskostenzuschuss sollte zumindest in Form einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt aufgenommen werden.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** führt hierzu aus, die Samtgemeinde Tarmstedt habe als Schulträger selbstverständlich die Möglichkeit, die Maßnahme zeitnah in Eigenregie durchführen und Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 50 % hierfür zu beantragen. Wenn sich der Landkreis jedoch im Sinne einer eigenen Maßnahme (bezogen auf den Gymnasialanteil) beteiligen soll, müsse die Maßnahme mit einer Vielzahl dringender Kreismaßnahmen konkurrieren. Im Rahmen der Planungen der Investitionsmaßnahmen des Landkreises habe man zunächst die Einführung von Mensabetrieben an Standorten mit mehreren Schulen priorisiert. Hier sollten vor weiteren Investitionsmaßnahmen zunächst einmal Erfahrungen gesammelt werden. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass das - testweise - Angebot einer Nutzung der Mensa der Theodor-Heuss-Schule in Rotenburg durch Schüler des dortigen Ratsgymnasiums bislang nur sehr begrenzt angenommen worden sei. Angesichts der deutlichen Verschlechterung der Haushaltslage des Landkreises sei auch bei der Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen Zurückhaltung geboten.

**Abg. Blanken** beantragt, eine Abstimmung über die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 € für die Baumaßnahme Forum/Mensa an der KGS Tarmstedt in den Haushaltsplan 2010.

**Abg. Klee** sieht sich zu einer Entscheidung in dieser Sitzung nicht in der Lage, da keinerlei Unterlagen über Umfang und Ziel dieser Maßnahme vorlägen. Er spricht sich dafür aus, nicht abzustimmen und statt dessen im Finanzausschuss erneut hierüber zu beraten, wobei hierzu zunächst eine erläuternde Vorlage erarbeitet werden sollte.

Diesem Vorschlag des **Abg. Klee** stimmt der Schulausschuss mit 7 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen zu.



**Herr Hickisch** nimmt Bezug auf den in Produkt 21.7.02 vorgesehenen Haushaltsansatz zur Erneuerung des Aufzugs beim Ratsgymnasium Rotenburg. Er merkt an, dass an der BBS Rotenburg für Rollstuhlfahrer derzeit keine Möglichkeit bestehe, mit dem Aufzug in den ersten oder zweiten Stock zu gelangen und erkundigt sich nach den Prioritäten für derartige Maßnahmen. **Herr Kruse** ergänzt hierzu, dass sich auch der Transport von Unterrichtsutensilien, wie z.B. Materialien für den Kochunterricht, in die oberen Stockwerke z.T. als problematisch erweise.

**KAR Wilshusen** erläutert, es lägen keine konkreten Anträge der Schulen auf Durchführung dieser Maßnahmen vor. Im Rahmen jährlicher Begehungen würden bauliche Mängel aller Art aufgenommen. Hierbei werden zunächst die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt. Die Erneuerung des Aufzugs in der BBS Rotenburg sei zum Haushalt 2010 angemeldet, jedoch zunächst zurückgestellt worden, nachdem sich im Rahmen einer Begutachtung herausgestellt habe, dass dort der Bau einer gänzlich neuen Fahrstuhl-Anlage notwendig wäre. Die Fahrstuhl-Anlage im Ratsgymnasium habe dagegen mit aufgenommen werden können, da es sich hier um eine Erneuerung der bestehenden Anlage handele.

**Herr Hickisch** sieht eine grundsätzliche Verpflichtung des Landkreises, die in seinem Eigentum stehenden großen öffentlichen Gebäude mit einem behindertengerechten Zugang auszustatten.

**Abg. Blanken** regt an, im Rahmen der Beratungen des Haushaltsplanentwurfs künftig auch Erläuterungen zu den zurückgestellten bzw. nicht aufgenommenen Maßnahmen zu geben. **Abg. Borngräber** könnte sich in diesem Zusammenhang die Beifügung von Wunschlisten der einzelnen Schulen nebst Erläuterungen hierzu vorstellen. **Vorsitzender Bruns** schlägt vor, die verwaltungsseitigen Prioritätenlisten beizufügen.

**Herr Kruse** nimmt Bezug auf den Beschluss, die Schule am Mahlersberg zu einem Förderschulzentrum für die Bereiche L und GE auszubauen und fragt an, warum hierfür noch keine Investitionen im Haushaltsplan 2010 vorgesehen seien. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** erklärt hierzu, es seien nunmehr zunächst einmal in Abstimmung mit Schule und Landesschulbehörde konzeptionelle und planerische Vorarbeiten zu leisten. Das erste Gespräch sei bereits terminiert. Auch die in diesem Rahmen für notwendig erachteten Baumaßnahmen müssten dann zunächst einmal planerisch umgesetzt werden. Von daher entstünden konkrete investive Belastungen voraussichtlich in den Haushaltsjahren ab 2011.

Im Hinblick auf die im Produkt 24.3.02 (Schullastenausgleich) vorgesehenen Aufwendungen von fast 5 Mio € regt **Vorsitzender Bruns** an, das Thema Schullastenausgleich im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses einmal grundsätzlich zu beraten. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** weist in diesem Zusammenhang auf den gesetzlichen Automatismus im Verfahren der Erstattungen an die gemeindlichen Schulträger hin. Der Landkreis erstatte hier einen Anteil von 60 % der von den Schulträgern eingereichten Kosten, ohne dass rechtlich die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Kostenentwicklung bestehe.

*Auf weitere Nachfragen zu einzelnen Haushaltsansätzen werden mit dem Protokoll folgende Erläuterungen gegeben:*

*Unter dem unter Nr. 6 in den Produkten der Gymnasien und berufsbildenden Schulen in der Trägerschaft des Landkreises aufgeführten Ansatz „Privatrechtliche Entgelte“ werden unter anderem die Einnahmen für die Erstellung von Fotokopien veranschlagt.*

*Bei der mit „Erstattung an übrige Bereiche“ in der Kalkulationstabelle zum Produkt 22.1.02 (Förderschule Rotenburg) bezeichneten Position handelt es sich um einen Zuschuss für einen pädagogischen Mitarbeiter der Schule.*

## **Beschluss:**

Für die weiteren Haushaltsplanberatungen zum Haushaltsplan 2010 werden die Voranschläge für die Erträge und Aufwendungen und der Investitionen mit den entsprechenden Ein- und Auszahlungen der Produkte

<b>Produkt</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Produkt</b>	<b>Bezeichnung</b>
21.7.01	Gymnasium Bremervörde	23.1.01	Berufsbildende Schulen Bremervörde
21.7.02	Gymnasium Rotenburg	23.1.02	Berufsbildende Schulen Rotenburg
21.7.03	Gymnasium Zeven	23.1.03	Berufsbildende Schulen Zeven
21.7.04	KGS Tarmstedt (gymnasialer Teil)	23.1.04	Schülerwohnheim Zeven
21.7.05	Gymnasium Sottrum	24.1.01	Schülerbeförderung
22.1.01	Förderschule Bremervörde	24.3.01	Medienzentren
22.1.02	Förderschule Rotenburg	24.3.02	Schullastenausgleich
22.1.03	Förderschule Zeven	24.3.03	Allgemeine Schulaufgaben
		24.4.01	Sondervermögen Kreisschulbaukasse

- unter zusätzlicher Berücksichtigung der sich aus der Ergänzung zur Sitzungsvorlage ergebenden Änderungen - empfohlen.

Für den Voranschlag des Produkts 24.1.01 (Schülerbeförderung) wird für die weiteren Haushaltsberatungen eine Reduzierung der Aufwendungen um 825.000 € empfohlen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja-Stimmen: 16    Nein-Stimmen: 0    Enthaltungen: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

**Vorsitzender Bruns** schließt die Sitzung um 17.20 Uhr.

---

(Bruns)  
Vorsitzender

---

(Dr. Lühring)  
Erster Kreisrat

---

(Schmökel)  
Protokollführer